

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet über die Seite des Kreisverbandes der LINKEN
<https://www.dielinke-mittelsachsen.de>

Mittelsächsische LinksWorte

17. MAI 2023

NR. 183

17. JAHRGANG



Die Hauptveranstaltung zum diesjährigen 1. Mai in Sachsen fand in Freiberg vor dem Schloss Freudenstein statt. Einer der Redner auf der Maikundgebung war der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer. Nach seiner Rede kam es zu einer Begegnung mit Genossin Ruth Kretzer-Braun und Genossen Johannes Kretzer. Sie informierten den Ministerpräsidenten über ein von ihnen vor 26 Jahren mit der Gründung des Vereins Regenbogenhaus e.V. aus der Taufe gehobenes Inklusionsprojekt. Seit dem 1. September 2001 lädt das Hotel „Regenbogenhaus“ Gäste aus Nah und Fern in die Silber- und Universitätsstadt Freiberg ein. Die gesamte Hotelanlage – alle Gästezimmer und Gasträume – sind barrierefrei gestaltet - einmalig in Freiberg, aber auch in Sachsen !

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BERICHTET:

VOM TAG DER ARBEIT 2023 IN DER
KREISSTADT FREIBERG

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION ZUR SITZUNG DES
KREISTAGES VOM 3. MAI 2023

3. DEBATTIERT:

DER TAG DER BEFREIUNG 2023 UND DIE
PROPAGANDASCHLACHT ZUM KRIEG

- 2 editorial & standpunkt
- 3 Presseschau & aktuell informiert
- 4/5 **titelthema 1: der tag der arbeit 2023**
- 6 **titelthema 2: bericht vom kreistag am 3. mai 2023**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7-**
„linksworte“ vom mai 2009
- 8 **titelthema 3: der tag der befreiung 2023**
- 9 recherchiert: landkreis mittelsachsen und die eisenbahn (teil -3-)
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:**
beitrag -85-: waffenstillstand - ein weg zum frieden
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & trauer & querbeet

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 21. Juni 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 14. Juni. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Achim Grunke, Gottfried Jubelt,
Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

*seit weit mehr als einem Jahr herrscht in der Ukraine Krieg, vom Zaune gebrochen durch den russischen Imperator Putin. Nichts deutet darauf hin, dass die Waffen bald schweigen werden. Und auch innenpolitisch läuft zur Zeit nichts rund. Mit der Flüchtlingskrise hat die Ampelkoalition ihr nächstes Streitthema. Eine sozial- und ökologisch gerechte Umsetzung der Wärmewende steht in den Sternen. Wohnen wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Ein Grund dafür sind neben den explodierenden Mieten die steigenden Energiekosten für fossile Brennstoffe. Gleichzeitig ist der Wärme- und Gebäudebereich eine der größten Baustellen beim Klimaschutz in Deutschland und für fast 30 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. DIE LINKE kann weiterhin nicht mit einer konstruktiven Oppositionspolitik punkten. Zu sehr ist sie mit sich selbst beschäftigt und lähmt sich selbst durch die Spaltungsdiskussion um Sahra Wagenknecht.. Vorwürfe gipfeln in der Aussage, unsere Partei finde keine klare einheitliche Position zum Ukraine-Krieg und generell keine linke Antwort auf die gegenwärtige Situation. Der nebenstehende Standpunkt ist dieser Frage gewidmet. Auf Seite -5- dokumentieren wir für unsere Leser*innen einen Beschluss des Parteivorstands vom 23. April unter der Überschrift „Frieden für die Ukraine - sieben Schritte zur Deeskalation in Russlands Krieg“.*

Alljährliche politische Höhepunkte für DIE LINKE ist der Tag der Arbeit am 1. Mai und der Tag der Befreiung am 8. Mai. Wir berichten in den Titelseiten -1- und -3- darüber. Wobei wir beim Thema -3- zum Tag der Befreiung auch erkennen müssen, dass er von Russland und der Ukraine für einen erbarmungslosen Propagandakrieg der Umdeutung genutzt wird. DIE LINKE fordert wir von der Bundesregierung und den Ländern, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag für Befreiung und Antifaschismus zu machen.

Am 3. Mai fand nach vielen Jahren in der Hartha-Arena in Hartha erstmals eine ziemlich kurze und unspektakuläre Sitzung des mittelsächsischen Kreistages in Mittweida statt. Im Titelthema -2- informiert Thomas Kempe, Mitarbeiter der Kreistagsfraktion, über die Ergebnisse.

Auf Seite -7- setzen wir unsere Serie zum Inhalt der LinksWorte vor 14 Jahren fort. Im Gegensatz zu diesem - fast etwas geruhsamen Jahr, was den Wahlkampf betrifft - rollte im Mai 2009 ein Mammutjahr mit Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen auf uns zu.

Unsere kleine Serie zur aktuellen Eisenbahnsituation im Landkreis Mittelsachsen widmet sich in unserer heutigen Ausgabe dem südlichen Teil des Landkreises.

Als wir unsere Serie zur politischen Bildung und Information vor etwa acht Jahren aus der Taufe hoben, ahnten wir noch nichts von der dramatischen Zuspitzung der internationalen Lage und Corona. Die Weltlage im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg prägte die meisten Themen der vergangenen Monate - so auch heute. Achim Grunke schreibt zum Thema „Waffenstillstand - ein Weg zum Frieden“.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

zersplitterung statt stärkung der linken

von HANS WEISKE

In unserer März-Ausgabe beschäftigte ich mich an dieser Stelle mit dem Thema "Die LINKE und das Wagenknecht-Dilemma". Ich schloss mit mit einem Zitat zur Aufforderung an Sahra Wagenknecht, schnellstens zu entscheiden, ob sie künftig mit der LINKEN an einem Strang ziehen oder die Partei mit dem Ziel einer Partei-Neugründung verlassen wird.

Heute muss ich nach Lage der Dinge leider konstatieren: Die Hängepartie geht weiter. Und es scheint, dass sich die Fronten verhärten. Ungeachtet des zaghaften Versuchs des Parteivorstands, durch die bereits am 21. März beschlossenen und gemeinsam mit den jeweiligen Landesverbänden durchzuführenden Regionalkonferenzen Bewegung in die Sache zu bringen. Mit diesen sollen in Bezug auf die Beschlusslage und ihr Zustandekommen mehr Transparenz zwischen Parteiführung und Basis hergestellt sowie mehr Möglichkeiten der Diskussion dazu gegeben werden. Bestehende Konflikte sollen klar benannt und so weit wie möglich ausgetragen werden. Vier der sechs vorgesehenen Konferenzen sollen in Präsenz stattfinden, zwei weitere online.

Die erste dieser angekündigten Konferenzen hat am Sonntag, dem 7. Mai, in Leipzig stattgefunden. In der Einladung dazu schreiben die beiden Parteivorsitzende Janine Wissler und Martin Schirdewan:

Seit Monaten lähmt uns eine Spaltungsdiskussion. Wir wollen diese Spaltung nicht. Die Drohung mit der Gründung eines Konkurrenzprojektes und die Missachtung demokratischer Beschlüsse und Verfahren, schaden unserer Partei schon viel zu lange. Wir wissen, wie außergewöhnlich unsere Entstehungsgeschichte war, wie viel Hoffnung sich mit der LINKEN verbindet. Unsere gemeinsame und plurale Partei ist eine unschätzbare, historische Errungenschaft. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam Zukunft machen! Mit euch wollen wir Wege aus der Krise finden, konstruktiv und solidarisch. Lasst uns miteinander reden - wir sind sicher: die politischen Schnittmengen und Gemeinsamkeiten überwiegen, stellen wir sie und nicht das Trennende nach vorn. Lasst uns Kontroversen nach vorn auflösen. So gehen wir gestärkt und gemeinsam in die anstehenden Wahlkämpfe und den Europawahlkampf. Ich habe weder im "neuen deutschland", noch auf den Webseiten der Bundes- und Landespartei bzw. des Leipziger Stadtverbandes eine Information über die Konferenz, ganz zu schweigen von einem Bericht darüber gefunden. Dafür im "nd" vom 8. Mai einen ausführlichen Bericht von einem am 6. Mai in Hannover stattgefundenen Vernetzungstreffen "linker Opposition" unter der Überschrift "Treffen der Enttäuschten" und einen Kommentar von Jana Frielingshaus unter der Überschrift "Zersplitterung statt Stärkung". Dort heißt es:

DIE LINKE ist hin- und hergerissen. Sie schwächelt bei der Findung einer klaren Position zum Ukraine-Krieg, bei der Anwendung linker, gar marxistischer Positionen auf die aktuelle Lage.

Diese Einschätzung wird dann aber relativiert durch die anerkannte klare Position zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen und einer übergroßen Mehrheit bei der LINKEN gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Da mutet die Auffassung von Sevim Dagdelen, dass DIE LINKE zur Kriegspartei mutiert sei, sehr provokativ an. Ich kann dem Resümee von Jana Frielingshaus nur zustimmen, dass es ein Desaster wäre, unsere Partei dieser kleinen, wenn auch reichweitenstarken Minderheit zu überlassen.

im „neuen deutschland“ gelesen

Eine Kolumne von **KARSTEN KRAMPITZ**
(„neues deutschland“ vom 6. Mai)

HASSLIEBE

Frei von der Linksfraktion

Wer sich derzeit in der Linkspartei umtue, schrieb Robert Pausch in der „Zeit“, treffe lauter Leute, die dabei seien, ihren Nachlass zu regeln. „Kipping räumt ihr Büro aus und weiß nicht, ob sie wiederkommt. Jan Korte, der Hoffnungsträger der Vernünftigen, hat sich zurückgezogen. Lafontaine ist ausgetreten“. Und Gregor Gysi habe neulich in einem Interview erklärt, dass seine historische Aufgabe erfüllt sei, ganz als wäre er kein Politiker mehr, sondern sein eigener Biograf. Und weiter heißt es in dem Artikel: „Sie wissen, dass die Spaltung der Linken vermutlich nur eine Frage der Zeit ist. Aber niemand bäumt sich auf, niemand kämpft.“

Auf Bundesebene verfügte die Partei nie über Macht – aber sie hatte Einfluss. Das jedoch ist lange her. Zu wichtigen Themen wie dem Klimaschutz oder der sogenannten Wirtschaftstransformation hat die Linkspartei kaum etwas beizutragen. Und leider auch nicht zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Im gesellschaftlichen Diskurs wird sie kaum noch wahrgenommen. Wenn Medien von ihr berichten, dann weil Sahra Wagenknecht eine neue Partei gründen will. Daher sei der Gedanke erlaubt: Wäre es vielleicht besser gewesen, die Linkspartei hätte bei der Bundestagswahl 2021 das berühmte dritte Direktmandat nicht gewonnen und wäre damit regulär an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert?

Die jetzige Bundestagsfraktion braucht offensichtlich niemand. Und wie es momentan aussieht, verlieren die Genossen bei der nächsten Bundestagswahl sowieso ihren Job, ihr Mandat, ihre Diäten – und Wagenknecht Limousine und Chauffeur. Wäre die Partei schon beim letzten Mal aus dem Bundestag geflogen, wäre vielleicht ein Erneuerungsprozess schon im Gange. Möglicherweise wären noch mehr ehemalige Fraktionsmitglieder konvertiert. ...

Statt der gegenwärtigen Lethargie hätte eine kritische Selbstreflexion einsetzen können. Auch davon schreibt Peter Pausch: „Über die Fehler der anderen könnten sie Bücher schreiben (oder tun es). Ihre eigenen Fehler dagegen passen auf einen Bierdeckel. Einen sehr, sehr kleinen Bierdeckel“. Man hätte über die Frage streiten können, wie sich Einzelne aus der Linkspartei derart von der Basis entfremden konnten. Dietmar Bartsch hat als Spitzenkandidat seine Partei gleich zweimal unter die fünf Prozent gedrückt, 2002 und 2021.

Mag sein, dass ohne Bundestagsfraktion der Partei erheblich weniger Ressourcen zur Verfügung stünden – Mittel, die sie jetzt ohnehin nicht nutzen kann. Im Gegenzug wäre man frei gewesen von vielen Zwängen und falschen Rücksichten. Aus den Fenstern des Karl-Liebnecht-Hauses hinge vielleicht sogar eine Ukraine-Fahne, aus Solidarität mit den in Butscha und Irpin Ermordeten. Und überhaupt: Bei den Salzburger Landtagswahlen hat gerade erst eine linke Partei aus dem Stand heraus ihren Stimmenanteil verneunundzwanzigfach, von 0,4 Prozent auf 11,66 Prozent. Wie machen die das wohl?

widerstand in rochlitz gegen freie sachsen, npd und pegida



von **HANS WEISKE**

ATTILA GRAFE ist Pressesprecher des Kreisschülerrats Mittelsachsen und lernt am Rochlitzer Johann-Matheius-Gymnasium. In diesen Tagen legt er sein Abitur ab. Als mich Attila kurz vor Redaktionsschluss per Email in

Stichworten über die Rochlitzer Ereignisse der vergangenen Wochen informierte, schob er nach „Ich kann dir auch etwas Ausführlicheres schreiben, wird aber erst morgen Abend, habe morgen mein Geschichtsabitur“. Er engagiert sich schon seit längerem im Team Tändler-Walenta und ist trotz Unterrichts- und Prüfungsstress vor allem überall dort aktiv, wo es gegen Rechts zu aktivieren gilt. Sein Credo: Es gibt primär keinen Unterschied zwischen Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die hier Asyl suchen, wohl aber den Unterschied von Arm und Reich.

Zu den Fakten: Rochlitz erlebt seit dem 1. März bis zuletzt am 19. April im Zweiwochentakt Demonstrationen und lautstarke Aufmärsche der Rechten. Grund ihres Protestes: Im Ort sind derzeit elf minderjährige ausländische Jugendliche in den Räumen eines Internats untergebracht. Das nutzt man zu einem Rundumschlag gegen die deutsche Asylpolitik. Organisatoren der Proteste sind die Freien Sachsen, die von der NPD und Pegida unterstützt werden.

Gegen die Kundgebungen der Rechtsextremen – die aus ganz Sachsen nach Rochlitz kommen – formierte sich zunehmend Protest, der unter dem Motto „Herz statt Hetze“ bzw. „Rochlitz verbindet“ steht und von der „Bunten Jugend Rochlitz“ organisiert wird. Initiator der Aufrufe zum Protest, Anmelder der Gegenkundgebungen und Redner: Attila Grafe. Auf die Frage des Redakteurs der Lokalredaktion der „Freien Presse“, warum

er das tue, antwortete Attila, dass das notwendig sei, obwohl er gerade in Vorprüfung am Gymnasium stehe und eigentlich keine Zeit für sowas habe.

Attila informiert mich darüber, dass die Freien Sachsen anfangs bis zu 130 Personen zu den Protesten in Rochlitz mobilisiert hätten, zuletzt seien es aber trotz einer großen Flyeraktion ihrerseits weniger als 50 gewe-



Bilder vom Rochlitzer Markt. Unter dem „Schutz“ eines Großaufgebots der Polizei standen sich Rechte und Gegendemonstranten gegen Rechts (unteres Bild) gegenüber. **Bilder:** Freie Presse, Falk Bernhardt

sen. Der Gegenprotest habe je nach Woche zwischen 70 und 100 Menschen gezählt. Viele Kulturschaffende hätten den Protest unterstützt, die Plakate hätten in den Läden und Geschäften in der Stadt gehangen. Am 12. April habe man ein Fest der Demokratie mit Kaffee und Kuchen und Ständen verschiedener Verbände mit ca. 120 Personen gefeiert.

marika tändler-walenta auf sachsenweiter sporttour

Von **MARVIN JAVANE**

Vom 17. bis 29. April besuchte Marika Tändler-Walenta in ihrer Funktion als sportpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion in allen sächsischen Kreisen und kreisfreien Städten Sportvereine sowie Fach- und Kreisverbände. Ihre Tour stand unter dem Motto „Ehrenamtsunterstützung, Nachwuchssorgen und Mehrbelastungen nach Corona und während der Energiekrise – die Sächsische Sportlandschaft politisch fit für die Zukunft machen!“ Insgesamt kam Marika Tändler-Walenta in der zweiwöchigen Tour mit knapp 20 Vereinen und Verbänden ins Gespräch. Von kleineren Vereinen mit Nischensportarten bis zu Vereinen mit professionellen Strukturen und Profisportler*innen wurde die sächsische Sportlandschaft in Ihrer gesamten Breite besucht.

Am Freitag den 28. April kam die Sporttour nach Mittelsachsen. Da u.a. in Döbeln, Roßwein oder auch Mittweida Sportvereine und Sportstätten bereits im Rahmen von Kreisterrinen besucht wurden, entschieden wir uns diesmal, den Verein VfB Leisnig aufzusuchen. Präsident Jörg Lippert berichtete im Beisein des Geschäftsführers des Kreissportbundes Mittelsachsen, Benjamin Kahlert, über den intensiven Einsatz in

seinem Verein. Im Rahmen des Bundesprogramms „Investitionspakt Sportstätten“ auch umgangssprachlich „Goldener Plan Sport“ genannt, wurde dem VfB Leisnig eine 90prozentige Förderung für die Umgestaltung des Geländes in Aussicht gestellt. Den Plan hat die Ampel



MARIKA TÄNDLER-WALENTA mit **BENJAMIN KAHLERT**, Geschäftsführer des Kreissportbundes Mittelsachsen und **JÖRG LIPPERT**, Präsident des VfB Leisnig (von links).

inzwischen eingestampft. Aber immerhin wird für eine hohe sechsstellige Summe ein neuer Kunstrasenplatz geschaffen. Während beim VfB vor Corona 270 Menschen Mitglied waren, sind es heute 350.

der 1. mai 2023 unter dem gewerkschaftsmotto "ungebrochen solidarisch"



Der Tag der Arbeit auf dem Schlossplatz in Freiberg

Zu den Rednern der Maikundgebung in Freiberg gehörten u.a. Der sächsische Ministerpräsident MICHAEL KRETSCHMER und der mittelsächsische Landrat DIRK NEUBAUER.

Mit einem Info-Stand war die Freiburger LINKE vertreten



Die „Freie Presse“ berichtete in ihrer Lokalausgabe vom 2. Mai über die Gewerkschaftsveranstaltung auf dem Freiburger Schlossplatz unter der Überschrift:

Tag der Arbeit: Kampfansage satt Kuschelkurs

Dabei kam es zum verbalen Schlagabtausch zwischen zwei prominenten Rednern: dem sächsischen Ministerpräsidenten MICHAEL KRETSCHMER und dem sächsischen Landeschef des DGB, MARKUS SCHLIMBACH. Die Debatte entbrannte vor allem um die von den Gewerkschaften jüngst ins Gespräch gebrachte **Viertage-Arbeitswoche** (nebenstehend der Standpunkt der LINKEN dazu). SCHLIMBACH forderte den Ministerpräsidenten auf, für ein Gesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge zu sorgen. Dabei sollten die Unternehmen die Vorgabe erhalten, Mindestlöhne zu zahlen und Tariftreue einzuhalten.

Arbeiter*innenkampftag in Mittweida

Von REBECCA LANGE

Bei strahlender Sonne und angenehmen Temperaturen hatte DIE LINKE am 01. Mai auf dem Markt in Mittweida auch die Sonnenbrillen nicht vergessen. Allerdings soll der nun werdende Frühling nicht von den Problemen ablenken, welche diese Gesellschaft schlimmer denn je belastet, sondern vielleicht sogar noch mehr dazu motivieren, die Menschen nach draußen zu bewegen, um für besser Lebens- und Arbeitsbedingungen einzustehen. Am 01. Mai war die LINKE für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne an vielen Standorten mit Veranstaltungen und Informationsständen präsent, so auch in Mittweida. Es ist wichtig, auch in den Kleinstädten des Kreises mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen zu zeigen, dass die LINKE mit ihren Forderungen für die Bürger:innen einsteht, was von den Menschen an diesem wichtigen Feiertag auch gern angenommen wurde.

DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaften nach einer Viertage-Arbeitswoche

Pünktlich zum 1. Mai forderte die Parteivorsitzende Janine Wissler die Einführung der Viertage-Arbeitswoche und stellte in diesem Zusammenhang einen Vier-Punkte-Fahrplan vor. Die Partei will damit zeigen: Eine Vier-Tage-Woche ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Mehr als 70 Prozent der Menschen in



Deutschland befürworten die Einführung der Viertage-Arbeitswoche. Allerdings haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern große Bedenken, weil sie Angst vor Lohneinbußen haben. Wie in den 90er Jahren, als Volkswagen die Vier-Tage-Woche einführte und gleichzeitig die Löhne kürzte. Deshalb muss klar sein: Arbeitszeitverkürzung gibt es nur mit Lohnausgleich!

14 Monate dauert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Über ein Jahr später kämpft Russland noch immer auf einer über 1.200 km langen Frontlinie in der Ukraine und hat inzwischen empfindliche Niederlagen einstecken müssen. Beide Seiten haben ihren Einsatz fortwährend erhöht, **der Krieg eskaliert schrittweise** weiter.

Der verbrecherische Krieg Russlands richtet sich auch gegen die Zivilbevölkerung, durch gezielte Zerstörung von Infrastruktur, massive Menschenrechtsverletzungen und erschütternde Gräueltaten. Die in der Ukraine vor allem von russischer Seite verübten Kriegsverbrechen müssen aufgeklärt und Schuldige völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Unsere Solidarität gehört allen ukrainischen Menschen, aber auch jenen russischen Menschen, die sich gegen den Wahnsinn dieser russischen Aggression stellen.

Dieser Krieg ist **nicht nur ein langwieriger und verlustreicher Stellungskrieg. Unsummen fließen in die Rüstungsindustrien**, die massiv am Krieg verdienen.

Immer neue Jahrgänge werden auf beiden Seiten zum Krieg eingezogen. Insbesondere in **Russland hat die fortlaufende Mobilisierung die Rolle der radikalen Rechten in den Staatsapparaten weiter gestärkt**. Es ist noch nicht einmal sicher, ob Russland wirklich die Entscheidung auf dem Schlachtfeld sucht, oder auf eine langfristige materielle und vor allem personelle Überlegenheit spekuliert. Auch deshalb fordern wir die Bundesregierung zum wiederholten Male auf, **Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund anzuerkennen**.

Als linke und internationalistische Partei verurteilen wir jeden Imperialismus, Nationalismus und Krieg, das gilt auch in Bezug auf Russland. Wer über umfassende mobile nukleare Erst- und Zweitschlagskapazitäten zu Land und zur See verfügt, kann von keinem Akteur ernsthaft existenziell gefährdet werden. Als LINKE haben wir deshalb die **inkonsequente Weiterführung europäischer Sicherheitspolitik** im Geist der KSZE-Schlussakte über das Ende der Blockkonfrontation hinaus, das **Nichtumsetzen der Ziele der Charta von Paris** und die **Osterweiterung der NATO** stets kritisiert. Doch kann dies keineswegs als Begründung für den russischen Angriff auf die Ukraine herhalten. **Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen**.

Die souveräne Entscheidungsgewalt, bis zu welchem Punkt ein Verteidigungskrieg geführt wird, liegt immer bei den Angreifenden. Unser **Eintreten für Verhandlungen negiert nicht das Recht auf Selbstverteidigung**, sondern zielt auf eine Erweiterung von Handlungsoptionen. Die Verengung auf eine rein **militärische Perspektive** ist mit hohen Risiken, nicht nur für die Ukraine und Russland verbunden, sondern **gefährdet inzwischen die globale Sicherheit**. Sollte sich bestätigen, dass die NATO 97 Spezialeinheiten in der Ukraine im Einsatz hat, wie es kürzlich geleakte US-Geheimakten offenlegen sollen, fördert das die Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus. Die NATO müsste ihre Spezialeinheiten umgehend abziehen.

Als DIE LINKE haben wir **Waffenlieferungen in Kriegsgebiete stets abgelehnt** und tun das auch weiterhin. Hinter den Lieferungen von immer mehr Waffen ist keine Strategie für ein Ende des Krieges zu erkennen. **Wir plädieren für Verhandlungen statt immer weiterer Waffen**. Die Mehrzahl aller Kriege wurde in Verhandlungen beendet. Das Ausfechten von Kriegen bis zum militärischen Ende ist historisch nicht die Regel und sollte es auch in diesem Falle nicht sein. Schon allein deshalb nicht, weil jede Verlängerung weiteres unsagbares Leid bringt, mehr und mehr Menschen sterben, von den fortwährenden Angriffen traumatisiert sind, mehr Menschen in die Flucht getrieben werden, Familien noch länger getrennt sind, Zukunftsträume zerstört werden. Jede weitere Zerstörung von Infrastruktur erschwert das Leben vor Ort und den Wiederaufbau. Und jede Fortsetzung von Waffenlieferungen und Verschleiß an Kriegsmaterial ist ein irrsinniger Verbrauch von Ressourcen und Energie, die nicht nur in einer Welt am Rande des Klimakollapses dringend anders verwendet werden sollten, als für Kriege.

Aus der reinen Forderung nach Verhandlungen allein entspringt noch kein ernstzunehmender diplomatischer Prozess. Dazu bedarf es des diplomatischen Drucks und auf beiden Seiten die Einsicht, dass die Fortführung des Krieges im Sinne ihrer Interessen zu riskant ist, dass es mehr zu verlieren als zu gewinnen gibt. Daher treten wir für die **Formulierung einer Nachkriegsperspektive ein. Mit der gegenwärtig einzig militärisch gedachten Strategie der Verteidigung der nationalen Einheit der Ukraine und westlicher Rüstungshilfe wird kein schnelles Ende des russischen Angriffskrieges, ein Waffenstillstand oder gar Verhandlungsoptionen kurzfristig möglich sein**.

Verhandlungsperspektiven im Ukraine-Krieg – (Diese hier formulierten Punkte dienen als Ergänzung unserer Vorschläge vom 17. Dezember 2022 „Für eine Verhandlungsperspektive – Schritt zur Deeskalation im Ukraine-Krieg“)

1. **Verhandlungen** sind kein idealistischer Traum, sondern Realpolitik, wenn sie reale Kräfteverhältnisse zur Kenntnis nehmen. Die Aussicht auf umfassende Friedensverhandlungen scheint aktuell durch die von der Ukraine und Russland öffentlich genannten Bedingungen in weite Ferne zu rücken. Es gibt allerdings

offizielle Gespräche zwischen den Konfliktparteien. Das Format zu den **Verhandlungen der Getreideabkommen** sollte auf Dauer gestellt und ausgeweitet werden, in ersten Schritten für kleinere, regionale oder anlassbezogene **Waffenstillstände** zu bspw. Feiertagen oder für die Aushandlung von Schutzzonen um Krankenhäuser, Kindergärten oder Atomkraftwerke. Außerdem darf die Ernährungssicherheit von Drittstaaten, insbesondere in Ländern des globalen Südens nicht zum Spielball geopolitischer Interessen werden.

2. **Die bedingungslose, dauerhafte Verlängerung des Getreideabkommens** kann zur vertrauensbildenden Maßnahme für weitere Schritte zur Verregulierung des Konfliktes werden, denn Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen ist das Ruhen der Kampfhandlungen als Schritt zur schnellstmöglichen Beendigung des Krieges. Die kurzfristigen Ziele von Verhandlungen wären ein russischer Rückzug hinter die Linien des 24. Februars 2022 und Demilitarisierung der „Volksrepubliken“. Die langfristigen Ziele betreffen eine Regelung der Verhältnisse auf der Krim, in Luhansk und im Donzok auf Basis der gegenseitigen Anerkennung von Sicherheitsinteressen, lokaler Autonomie und der Integrität der Grenzen von 1991.

3. **Wir machen uns für Sanktionen stark**, die gezielt die Fähigkeit Russlands zu Kriegführung treffen. Sanktionen sollen kein Mittel der Bestrafung sein, sie können nur als ein klar definiertes zielgerichtetes Instrument Wirkung entfalten. Wer sie über das Ende des Krieges hinaus aufrechterhalten möchte, sendet zwar starke innenpolitische Signale, aber stärkt auf russischer Seite jene Kräfte, die für Isolation und Fortführung des Krieges sind. Perspektivlosigkeit darf nicht zu einer weiteren Faschisierung der russischen Staatsapparate führen.

4. **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für den Schuldenschnitt und Wiederaufbau einzusetzen**. Die Ukraine hat dem russischen Versuch eines militärischen Regimewechsels standgehalten, konnte aber bislang die Invasoren nicht entscheidend besiegen. Es ist nicht sicher, ob eine ukrainische Offensive die entscheidende Wende zur Befreiung des gesamten Staatsgebietes herbeiführen wird. Selbst, wenn sie gelänge, der Preis wäre hoch: Weitere große Verluste von Menschenleben, Zerstörungen von Infrastruktur und Wohnraum wären unvermeidbar. Es ist fraglich, ob ein Krieg, der rein militärisch ohne politische Lösung endet, eine Beteiligung Russlands an den Kosten des Wiederaufbaus der Ukraine brächte. Die aber wäre die hochverschuldete Ukraine von ebenso hoher Bedeutung, wie ein Erlass ihrer Schulden.

5. **Die Bundesregierung muss sich für Deeskalation und Verhandlungen einsetzen und Risiken klar benennen**. Wir fordern einen **Stopp von allen Waffenlieferungen**, durch immer mehr Waffen wird eine weitere Eskalation riskiert. Der Ausgang des Krieges ist offen, die Komplexität nicht erfassbar. Jede Eskalation birgt weitere Risiken. Es ist sowohl eine Ermattung beider Seiten im jahrelangen Stellungskrieg als auch der Zusammenbruch einer der beiden kriegführenden Seiten im Rahmen des Denkbaren, wenn die Fähigkeit zur fortwährenden Mobilisierung erlahmt. Diese Situation erfordert Umsicht, Vorsicht und eine Verregulierung des Konfliktes als Einstieg in seine umfassende diplomatische Bearbeitung. Deshalb sollte sich Deutschland innerhalb der EU dafür stark machen, diplomatische Initiativen wie die vom brasilianischen Präsidenten Lula oder des chinesischen Präsidenten Xi Jinping zu unterstützen.

6. **Einberufung einer neuen Konferenz für Sicherheit, Umwelt- und Energiepolitik und Zusammenarbeit 2.0**, die aktiv Wege und Mechanismen für eine neue Sicherheitskonzeption auf dem europäischen Kontinent erarbeitet. Von einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur war Europa schon vor dem Krieg weit entfernt, auch der Westen war daran nicht unbeteiligt, durch den russischen Angriff ist sie vollends zerbrochen. Dialogprozesse und Dialogformate in der internationalen Diplomatie idealisieren nicht die Gegenseite, sondern kommen dort zum Einsatz, wo Vertrauen zerbrochen ist. Vom Dialogprozess zu einer gemeinsamen Sicherheitsordnung ist es ein weiter Weg. Dennoch bedarf es eines permanenten Rahmens der kontroversen Austragung divergierender Interessen. Ähnlich der OSZE hat dieser auf der wechselseitigen Anerkennung der Souveränität und Sicherheitsinteressen aller Mitglieder zu basieren.

7. **Nichteinsatz von Nuklearwaffen**: Russland und der Westen müssen den Nichteinsatz von nuklearen Waffen sicherstellen. Mit fortschreitender Abnutzung der konventionellen militärischen Potentiale steigt schleichend das Risiko nuklearer Kriegführung. Eine Rückkehr zu einer nuklearen Rüstungskontrolle ist noch während des laufenden Krieges anzustreben, auf ihre Realisierung kann nicht bis zur Beilegung des Ukraine-Konfliktes gewartet werden.

Wir fordern einen Stopp von allen Waffenlieferungen, durch immer mehr Waffen wird eine weitere Eskalation riskiert.

Hervorhebungen entsprechend des veröffentlichten Beschlusses, die Redaktion

Vom äußeren Rahmen her, hatte diese Sitzung zwei Besonderheiten. Die Tagungsdauer war mit etwa zwei Stunden die kürzeste, die ich bisher erlebt habe. Die andere Besonderheit ist der Tagungsort. Zum ersten Mal fand eine Sitzung des Kreistages Mittelsachsen in der Sporthalle „Am Schwanenteich“ in Mittweida statt. In Zukunft wird der Kreistag an verschiedenen Orten tagen. Die Ursache ist ein Beschluss vom 28. September des vergangenen Jahres zur Einführung des Rotationsprinzips. Eine relativ knappe Mehrheit des Kreistages, (29 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen) stimmte damals einen Antrag der AfD Fraktion, die Kreistagssitzungen im Jahr 2023 im Wechsel in den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida durchzuführen. So wird die kommende Sitzung des mittelsächsischen Kreistages am 5. Juli in Freiberg stattfinden.

Leider haben keine interessierten Bürger an der Sitzung teilgenommen. Dadurch wurde die **Bürgerfragestunde** leider zur reinen Formalie. Der Landrat wies noch einmal auf die Möglichkeit hin, Anfragen schriftlich unter Nutzung eines Formulars auf der Internetseite des Landratsamtes zu stellen. Dort sind mehrere Fragen eingegangen. Unter anderem eine Frage zur Schwierigkeit, einen neuen Hausarzt zu finden. Das Amt verweist darauf, dass rein statistisch in der betreffenden Region (Döbeln) keine Unterversorgung vorhanden sind. Das Anliegen wird zur kassenärztlichen Vereinigung weitergeleitet.

In dem **Tagesordnungspunkt „Informationen des Landrates“** bildete Informationen zur Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis einen Schwerpunkt. Frau Nötzel informierte darüber, dass mittlerweile 15801 Menschen ohne deutschen Pass im Landkreis leben. In dieser Zahl sind ukrainische Flüchtlinge, EU-Ausländer, die hier arbeiten und wohnen, und Asylbewerber enthalten. Lediglich 924 Menschen sind aktuell Asylbewerber und nur 15 Menschen sind „geduldete Personen“. In diesem Jahr sind bis Ende April circa 412 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen wurden. Etwa die Hälfte von ihnen kommen privat unter. Die vorgehaltenen Wohnheimplätze sind annähernd zu 82 Prozent ausgelastet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Informationen **zur finanziellen Situation der Mittelsächsischen Theater und Philharmonie gGmbH**. Seit etwa zwei Monaten ist eine finanzielle Schiefelage bekannt. Der Kämmerer Dr. Trump führte aus, dass die Ursachen vor allem in einer strukturellen Unterfinanzierung und den Auswirkungen der Coronamaßnahmen liegen. Das Theater wird zu etwa 90 Prozent bezuschusst. Die Gesellschafter bekennen sich nach seinen Ausführungen zum Theater und suchen nach einer mittel- und langfristigen Lösung. Dabei wird es unter anderem zur Erhöhung der Eintrittspreise kommen. Da es an dieser Stelle der Tagesordnung kein Rederecht für Abgeordnete gibt, stellte Jana Pinka erst in den Anfragen der Kreisräte die Frage, ob es vorgesehen ist, für Inhaber des Sozialpasses Ermäßigungen in die Preisgestaltung des Theaters einzubeziehen. Da der Landrat mit einem ausweichenden „nein“ antwortete, sehen wir uns bestärkt, einen passenden Antrag vorzubereiten.

Die nächsten zwei Tagesordnungspunkte waren zwei Informationsvorlagen, eine neue **Beteiligungsrichtlinie des Landkreises** und eine **Änderung der Prioritätenliste des Kommunalbudgets 2023 des Landkreises**. Dann folgte eine Beschlussfassung zur Erhebung von Verwaltungskosten. Diese wurde im Kreistag mit nur einer Gegenstimme beschlossen.

Der Beschluss zur Änderung der Bekanntmachungssatzung ist sicher interessanter. Nicht weil die Änderungssatzung strittig war, sondern weil öffentliche Bekanntmachungen im vollen Wortlaut nur noch in der elektronischen Ausgabe des Amtsblattes auf der Internetseite des Landkreises Mittelsachsen unter <https://www.landkreis-mittelsachsen.de/amtsblatt> erfolgen werden. So oder so ähnlich haben oder werden die Gemeinden dies beschlossen oder werden es noch beschließen.

Als nächstes erfolgte eine **Wahl von Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen in den Amtsgerichtsbezirken Döbeln und Freiberg**. Aus unserer Fraktion sind David Rausch für Döbeln und Achim Grunke für Freiberg gewählt worden.

Erfolgte die Beschlussfassung zu zwei Anträgen der SPD-Kreistagsfraktion. Im ersteren forderten sie, die **Bildung einer Regionalkonferenz zur Krankenhausplanung im Landkreis Mittelsachsen** zu initiieren und hierfür neben den Krankenhausträgern, Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen auch Vertreterinnen

und Vertreter der Träger von im Landkreis tätigen Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, von im Landkreis tätigen Leistungserbringern im Rettungsdienst, von der Krankenhausgesellschaft Sachsen, von im Landkreis tätigen ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen sowie von Vertretungen der Pflegekräfte und der Patientinnen und Patienten zur Mitwirkung einzuladen. Die Aufgabe der Regionalkonferenz sollte die Erarbeitung von Vorschlägen zur Krankenhausplanung im Landkreis Mittelsachsen sein. So sehr das Anliegen dieses Antrages, die Gestaltung der Krankenhausplanung in Sachsen zum Wohle der Bürger des Landkreises positiv zu beeinflussen, von unseren Fraktionsmitgliedern auch geteilt wird, so sehr wurde in unserer Fraktionssitzung über die Sinnhaftigkeit der Bildung einer Regionalkonferenz in dieser Größenordnung sowie deren Zuständigkeit debattiert. Dies zeigte sich dann auch in der Abstimmung. Von den zehn Ja-Stimmen kam eine und von den 60 Nein-Stimmen kamen zwei aus unserer Fraktion. Die übrigen Fraktionsmitglieder enthielten sich.

Ähnlich kontrovers wurde zum anderen Antrag der SPD in unserer vorbereitenden Fraktionssitzung diskutiert. In ihrem Antrag forderte die SPD-Fraktion, dass **der Landkreis Mittelsachsen die Aufgabenträgerschaft der notwendigen Schülerbeförderung entsprechend des Sächsischen Schulgesetzes durch den ZVMS zum Schuljahresbeginn 2023/2024 beendet und sie wieder eigenständig übernimmt**. Mit ihrem Antrag griff die SPD eine ähnliche Forderung aus dem Wahlprogramm des Landrates auf. Dort ist unter anderem zu lesen:

„Der Landkreis darf die Aufgabe des Schülerverkehrs nicht mehr komplett an den ZVMS delegieren. Die Entscheidungs- und Satzungshoheit muss wieder zum Kreistag zurückkehren.“

Das Grundanliegen, die jeweils bestmögliche Lösung für den Schülerverkehr im Landkreis zu suchen, wird von allen Fraktionsmitgliedern geteilt. Aber gerade in der Kleinteiligkeit der Verkehrsverbünde lag und liegt eines der größten Probleme des Nahverkehrs in Deutschland. Selbst der sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Martin Dulig (SPD) fordert eine einen einheitlichen Verkehrsverbund für ganz Sachsen. Von dieser Seite und von der Kostenseite hergesehen, ist die Rückholung der Aufgabe auf Landkreisebene nicht unbedingt die beste Lösung. In der Abstimmung kam so wieder eine von acht Ja-Stimmen sowie eine von 66 Nein-Stimmen aus unserer Fraktion. Die übrigen Fraktionsmitglieder enthielt sich.

Im letzten Tagesordnungspunkt **Anfragen der Kreisräte** äußerte der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Woitnick, deutlich sein Unverständnis über den Verzicht des Landrates auf sein Recht auf einen Dienstwagen mit Fahrer. Die Argumentationskette des Landrates zu der damit verbundenen Kostenersparnis überzeugte ihn und seine Fraktion nicht. Nachlesen kann man die ausführliche Begründung für den Verzicht unter anderem auf der privaten Webseite <https://www.dirkneubauer.de> des Landrates.

Weiterhin wurde kritisiert, dass der Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) keine analoge Variante für das Deutschlandticket eingeführt hat. Nach Aussage des Landrates sucht der VMS intensiv nach einer passenden Lösung.

Sensibilisierungsveranstaltung in Mittweida

Von **REBECCA LANGE**

Jeder Mensch hat das Bedürfnis und das Recht nach individueller Lebensführung ohne dabei körperlich oder psychisch von anderen eingeschränkt zu werden. Darum sind Themen der sexuellen Belästigung und sexueller Übergriffigkeit von schwerwiegendem Ausmaß, wenn wir über einen gerechten und vernünftigen Umgang miteinander in dieser Gesellschaft nachdenken. Niemals darf man solche Fälle und Situationen verharmlosen oder als irrelevant abtun. Weil eine solche Thematik uns immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden sollte, wollen wir eine weitere Sensibilisierungsveranstaltung in Mittweida anbieten. Gemeinsam mit unserer Vertrauensperson Tobias Krause wollen wir darüber ins Gespräch kommen und wichtige Fakten und Informationen von ihm erfahren. Insbesondere wird er auch die Anspracheformen von Queer-Personen thematisieren, da bereits kleinste Worte wie Pronomen beleidigend oder unachtsam wirken können und damit einen Menschen bereits in seinen Freiheitsrechten einschränken. Dafür laden wir alle Interessierten herzlich am 31.05.2023 18:00 Uhr ins Bürgerbüro – Weberstraße 8, 09648 Mittweida – ein und hoffen auf eine rege Teilnahme.

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten und was die Schwerpunkte der damaligen politischen Arbeit waren. Die Serie werden wir bis zur Dezember-Ausgabe dieses Jahres fortführen.

Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Bereits im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei ehemaligen Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen im neuen Landkreis Mittelsachsen statt.

In unserer heutigen Ausgabe beschäftigen wir uns mit den „LinksWorten“ vom Mai 2009. Natürlich stand diese Ausgabe - wie dem nebenstehenden Titelbild zu entnehmen ist - ganz im Zeichen des anstehenden Wahl-Marathons. Auf mehr als drei Seiten gingen wir auf die inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte der bevorstehenden



Europawahl, die Wahl der Kommunalparlamente (beides am 7. Juni 2009), der Landtagswahl am 30. August und der Bundestagswahl am 27. September ein. In den Mittelpunkt stellten wir dabei die damals unmittelbar bevorstehenden Kommunalwahlen. Zum Stichtag 31. Dezember 2008 lebten im Landkreis Mittelsachsen ca. 336.000 Einwohner (aktuell

noch ca. 299.000 Einwohner). Es gab 21 Städte und 40 Gemeinden (die Anzahl der Gemeinden hat sich seither auf 31 reduziert). In allen 61 Städten und Gemeinden fanden am 7. Juni 2009 Wahlen in die Stadt- und Gemeinderäte sowie die Ortschaftsräte statt. In Summe stellte DIE LINKE in 17 Städten und 26 Gemeinden insgesamt 184 Stadt- und Gemein-

deräte sowie 19 Ortschaftsräte auf. Die Wahlkampfleiterin Ruth Fritsche (damals bereits 82 Jahre alt) informierte über die wichtigsten Aufgaben in der heißen Phase des Wahlkampfes: Plakatierung, Verteilung von Wahlkampfmaterialien, Info-Stände und den abschließenden 48-Stunden-Wahlkampf.

Trotz des bevorstehenden Wahl-Marathons entschieden wir uns damals dafür, als Titelthema -1- die schlimmen Ereignisse vom 1. Mai 2009 in Freiberg zu wählen. An diesem Tag fand auf dem Obermarkt zwar die traditionelle Maiveranstaltung der Gewerkschaften statt. Vom Landratsamt war aber für den selben Tag eine Nazi-Demo genehmigt worden. Diese hatten die Nazis als



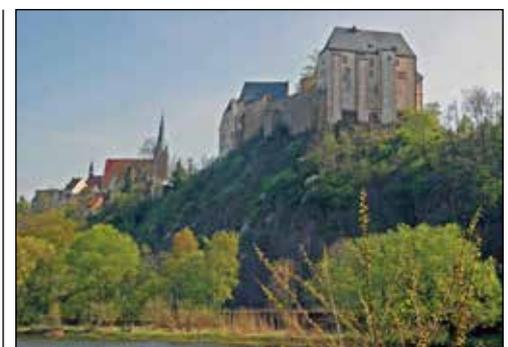
In regulärer Marschordnung zog der braune Mob von mehreren Hundert Nazis aus ganz Deutschland am 1. Mai 2009 durch Freiberg.

Ersatzveranstaltung für eine in Hannover verbotene inszeniert. Der Versuch, kurzfristig eine Gegendemonstration der demokratischen Kräfte auf die Beine zu stellen, scheiterte. Besonders Abscheu erweckte damals unter den demokratischen Kräften die Tatsache, dass die Nazis direkt am Landratsamt eine Hetzveranstaltung durchführen durften. Eine Anzahl gegen die Hetzveranstaltung Protestierender - darunter auch der Landrat - wurden durch die massiv eingesetzten Polizeikräften abgedrängt, um „eine direkte Konfrontation zu verhindern“.



Genosse Albrecht Tolke aus Freiberg berichtete in zwei Beiträgen über den 1. Mai in der Kreisstadt. Er hob die gute Tradition hervor, am Vormittag des 1. Mai eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Viele Jahre ging dabei die Initiative von einem „Runden Tisch für soziale Gerechtigkeit - gegen Sozialabbau“ aus. Dazu wurden die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und sozial engagierte Organisationen eingeladen. Auf dem obigen Bild die gute Stimmung auf der Veranstaltung. Später aber marschierten leider die Nazis durch Freiberg.

Am Nachmittag gab es traditionell mit 120 Teilnehmern ein friedliches Maifest am Waldbad im Freiburger Stadtwald (unteres Bild). Organisiert von der Freiburger LINKEN wurden mit alten und neuen Bekannten interessante Gespräche geführt, es gab einen Soli-Basar und einen Info-Stand, mit Bratwurst und Getränken wurde für das leibliche Wohl gesorgt. Durch die Arbeitsgruppe „Ausländer und Asyl“ wurden wieder Asylbewerber und Aussiedler eingeladen, die am Maifest teilnahmen.



In der Folge -7- unserer mittelsächsischen Knüller stellten wir im Mai 2009 die Stadt Leisnig mit der Burg Mildenstein (Foto) und dem ehemaligen Zisterzienserkloster Buch vor. Erbaut wurde die Burg Mildenstein zwischen 900 und 1000 und gehört damit zu den ältesten Burgen Sachsens. Erstmals urkundliche Erwähnung fand Mildenstein im Jahr 1046 als Burgward in den deutschen Markengebieten.

der 8. mai 2023 im zeichen eines propagandakrieges

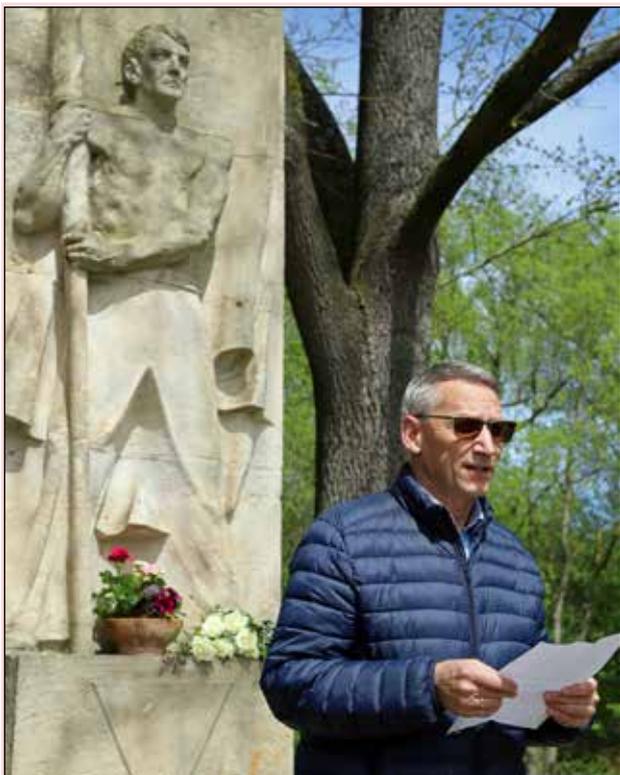
DIE LINKE fordert mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025, **dass der 8. Mai zu einem europaweiten Feiertag erklärt werden soll.**

Die beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan, die beiden Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch haben neben allen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in den Landtagen einen „Aufruf für einen 8. Mai als Feiertag“ unterzeichnet. dort heißt es u.a. „Der 8. Mai ist für uns ein Tag der Mahnung, aber auch ein Tag der Freude. Frankreich, Tschechien und die Slowakei feiern den 8. Mai bereits als offiziellen Feiertag. Auch in Deutschland haben mehrere Bundesländer den Tag bereits zu einem gesetzlichen Gedenktag bzw. einem Feiertag gemacht. Wir rufen alle Bundesländer auf, den 8. Mai zu einem Feiertag zu erheben. Mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung in zwei Jahren fordern wir das Europaparlament auf, den 8. Mai europaweit zu einem Gedenk- und Feiertag zu erklären und dies den jeweiligen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten aufzutragen.“

WOLFGANG HÜBNER schreibt im „neuen deutschland“ unter der Überschrift „Missbrauch der Geschichte“ zum diesjährigen Propagandakrieg um den 8. Mai u.a. folgendes:

„Wladimir Putin hat am 9. Mai vom Krieg gesprochen. Allerdings meinte der russische Präsident nicht den Feldzug seiner Truppen in der Ukraine, sondern einen „echten Krieg“, den der Westen „gegen unser Vaterland“ entfesselt habe. ... Wie immer ist neben der hohlen Rechtfertigungsrhetorik etwas Wahres dran: Am Konflikt in der Ostukraine, der schon seit 2014 auch als Krieg ausgetragen wurde, haben viele ihre Aktie, nicht zuletzt „der Westen“ mit seinen Interessen in der Region. Aber das ist kein Grund, das Nachbarland zu überfallen. Beide Seiten rüsten militärisch und propagandistisch auf, setzen einander mit dem Hitlerfaschismus gleich. Was gerade im Umfeld des 8. Mai ein fataler Missbrauch der Geschichte ist.“

von **VOLKER HOLUSCHA**



Wir gedenken der 70 Millionen Opfer des 2. Weltkrieges und ehren die Siegermächte, die diesen schrecklichen Krieg beendet haben.

Die Hauptlast des Krieges trugen die 27 Millionen Menschen der Sowjetunion, die an der Front und in Kriegsgefangenen- oder Zwangsarbeitslagern ihr Leben ließen oder als Zivilisten, vertrieben, gepeinigt oder ermordet wurden. Ihrem Andenken schuldet auch die jetzige russische Regierung eine respektvolle Erinnerungskultur im historisch korrekten Rückblick!

Der Überfall Russlands auf die Souveränität der Ukraine am 24. Februar hat sicherlich eine weltpolitische Vorgeschichte. Aber die derzeitigen Annexionsbestrebungen des Putin-Regimes und deren völkerrechtswidrige Überfall auf ein souveränes Nachbarland sind zu verurteilen. Die Befreier und Opfer des 2. Weltkrieges dürfen zu keiner Zeiten keiner Kriegspartei zu Propagandazwecken oder Rechtfertigungen des jetzigen Ukrainekrieges dienen. Schon gar nicht am „Tag der Befreiung“.

Wir ehren und gedenken heute all den Menschen, die dem Eroberungskrieg Hitlers zum Opfer fielen und danken all denen, die dieses Morden beendet haben. Allen voran der Roten Armee, gemeinsam mit den alliierten Streitkräften. Über alle ideologischen und politischen Differenzen hinweg haben sie gemeinsam das Hitlerregime hinweggefegt. Dieser Erkenntnis muss sich die Weltgemeinschaft erinnern!

Es gerät im Laufe der Zeit leider zunehmend in Vergessenheit, dass es 1939 Deutschland war, welches diesen Eroberungskrieg mit einer Lüge vom Zaun gebrochen hat und bis Kriegsende 1945 nicht bereit war, eine sich abzeichnenden Niederlage anzuerkennen und zahlreiche Menschen noch sinnlos in den Tod schickte. Viele Bombenopfer in Deutschland wären so zu verhindern gewesen.

Das antifaschistische Bekenntnis von 1945 „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ ist heut e aktueller denn je.

Rechtstremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Anfeindungen gegen Andersfühlende sind zunehmende Tendenzen. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der Erde.

Volker Holuscha, Oberbürgermeister von Flöha, während seiner Ansprache am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus

Auch wenn die jetzige Generation für die faschistischen Verbrechen und die Kriegstreiberei des Faschismus keine strafrechtlich relevante Verantwortung mehr zu tragen hat, haben wir die Verantwortung geerbt, solche Kriege zu verhindern und alles für den Frieden zu tun. Auch dafür stehen wir heute hier und Mahnung und Aufforderung an alle friedliebenden Menschen, sich weltweit für die friedliche Lösung politischer, ideologischer, ethnischer oder religiöser Konflikte einzusetzen.



Ehrungen zum 8. Mai gab es auch - leider meistens mit bescheidener Resonanz - in Oederan, Rochlitz und Burgstädt (von links). In Oederan war es u.a. dem Bürgermeister Steffen Schneider (Freie Wähler) ein Herzensanliegen, die Opfer des 2. Weltkrieges zu ehren.

Nachdem wir uns im März mit dem Versuch der Reaktivierung der Strecke von Döbeln über Roßwein nach Meißen und im April mit den unseren Landkreis Mittelsachsen betreffenden Linien der City-Bahn Chemnitz beschäftigt haben, schließen wir unsere kleine Serie in dieser Ausgabe mit der Situation der Bahn im südlichen Teil des Landkreises.

Aus aktuellem Anlass fügen wir im Juni unserer kleinen Serie in einem vierten Teil einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen in den kommenden Jahren an, für die mit Entscheidungen in den vergangenen Wochen sinnbildlich „die Weichen gestellt“ wurden. (hw)



Ausschnitt aus dem aktuellen Liniennetzplan der Deutschen Bahn. Von uns hervorgehoben die wichtigsten Stationen der Region in Flöha, Oederan, Freiberg und Holzgau.

Die im südlichen Teil des Landkreises Mittelsachsen befahrenen Strecken sind:

- Die vom Regionalexpress RE 3 Dresden-Hof und der Regionalbahn RE 30 Dresden-Zwickau der **Mitteldeutschen Regiobahn (MRB)** befahrene Strecke zwischen den Stationen Niederbobritzsch und Niederwiesa über Freiberg, Oederan und Flöha;
- Die Strecke der **Freiberger Eisenbahn** zwischen den beiden Endstationen Freiberg und Holzgau;
- Die Strecke Chemnitz-Olbernhau der **Erzgebirgsbahn** zwischen den Stationen Niederwiesa und Leubsdorf;
- Die Strecke Chemnitz-Annaberg-Buchholz der **Erzgebirgsbahn** zwischen den Stationen Niederwiesa und Hennersdorf.

Interessant dabei ist, dass kein einziger Kilometer der genannten Strecken durch die Deutsche Bahn AG selbst betrieben wird.

Zu den aktuellen Betreibern der Strecken:

- Absoluter Dominator in der Region ist das deutsche Tochterunternehmen Transdev Verkehr GmbH der französischen Transdev Group. Seit 2016 betreibt die Bayerische Oberlandbahn (ein Unternehmen der Transdev Verkehr GmbH) unter der Marke **Mitteldeutsche Regiobahn** den Regionalverkehr auf den Strecken Dresden-Hof und Chemnitz-Elsterwerda.
- Die beiden wichtigsten Gesellschafter der **Freiberger Eisenbahn** (exakt Freiberger Eisenbahngesellschaft mbH) sind die Transdev Verkehr GmbH und die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH.
- Die **Erzgebirgsbahn** ist seit 2001 ein Unternehmen der DB RegioNetz.

Zur aktuellen Lage:

Gute bis sehr gute Verkehrsbedingungen gibt es zwischen Freiberg und Chemnitz auf den Regionalbahnlinien RE 3 bzw. RB 30. In Freiberg und Flöha halten stündlich Regional-Express-Linien nach Dresden bzw. Hof. Außerdem verkehren stündlich Regionalbahnlinien nach Dresden bzw. Zwickau. Bedingt durch den Wegfall der Züge mit Neigetechnik seit Dezember 2014 halten die Regional-Express-Züge nicht mehr in Oederan, was bis heute zu viel Unmut unter der Bevölkerung geführt hat. Damit wird

der Bahnhof Oederan seit fast zehn Jahren nur noch im Stundenrhythmus bedient. Auf dem Bahnhof Flöha gibt es seit 2020 umfangreiche Bauarbeiten zur Modernisierung und zum barrierefreien Ausbau aller sechs Bahnsteige, die in diesem Jahr abgeschlossen werden sollen.



Zwischen Dresden und Hof über Freiberg, Chemnitz und Zwickau setzt die Mitteldeutsche Regiobahn moderne elektrische Triebzüge vom Typ Alstom Coradia Continental ein. Auf dem Bild ein Triebzug in der Nähe des Zwickauer Hauptbahnhofes.

Zur Freiberger Eisenbahn:

Die Freiberger Eisenbahn befährt seit November 2000 im Auftrag des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVM) die rund 31 Kilometer lange Strecke im Tal der Freiberger Mulde von Freiberg nach Holzgau. Sie ist Teil der ursprünglichen Bahnstrecke Nossen-Moldava. Der im Dezember 2019 ausgelaufene Vertrag wurde per Direktvergabe bis 2024 verlängert. Durch die Schließung von bis in das Jahr 2019 vorhandener Taktlücken wird seither ein durchgängiger Stundentakt zwischen 04:40 Uhr und 21:15 Uhr angeboten.



Der Betrieb zwischen Freiberg und Holzgau wird seit 2000 bis heute durch drei Dieseltriebwagen des Typs Regioshuttle RS1 von der Firma Adtranz abgewickelt. Die Farbgebung erfolgte in lichtgrau, verkehrsblau und melonengelb.



Foto: Norbert Kaiser

Auf die Zschopautalbahn und die Flöhatalbahn der Erzgebirgsbahn wollen wir an dieser Stelle nicht detailliert eingehen, da von Niederwiesa und Flöha aus nur kurze Strecken im Landkreis Mittelsachsen zurückgelegt werden. Auf dem Foto legt ein Triebzug vom Typ Desiro Classic von Siemens einen Halt in Falkenau Haltepunkt ein. Zur Einstellung des Fahrbetriebes der Erzgebirgsbahn ab Juli 2024 im Teil -4- unserer Serie im Juni.

waffenstillstand - ein weg zum frieden

von ACHIM GRUNKE

Der Appell nach einem Waffenstillstand in der Ukraine wurde von verschiedener Seite geäußert, so zuletzt im Aufruf, der von Prof. Dr. Peter Brandt (Sohn des früheren Bundeskanzlers), Gewerkschaftsfunktionären und Friedensaktivisten unterzeichnet wurde und unter dem Titel stand „Frieden schaffen - Waffenstillstand und gemeinsame Sicherheit jetzt“. Gewiss wäre ein Waffenstillstand erst mal die Voraussetzung, um wieder zu einem Frieden in der Ukraine zu kommen.

Kein Frieden in Sicht

Doch sieht es gegenwärtig alles andere als nach einem Waffenstillstand aus. Die Ukraine hat erklärtermaßen alle Vorbereitungen für einen großen Gegenangriff getroffen, um die von Russland annektierten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern. Ob und in welchem Umfang das gelingen kann, bleibt ein offenes Geheimnis, denn Russland seinerseits hat eine tiefgestaffelte Verteidigung aufgebaut, um den ukrainischen Gegenangriff abzuwehren und dann ggf. selbst zum Gegenangriff überzugehen.

Der Krieg entfaltet hierbei seine Eigendynamik: weder die Ukraine noch Russland sind in diesem aufgeheiztem Zustand derzeit bereit zu einem Waffenstillstand. Beide Seiten, die Ukraine in ihrem gerechten Verteidigungskrieg und Russland bei seiner Aggression, haben in dem nun schon über ein Jahr währenden Krieg viele Opfer erbracht und viel Material eingesetzt, ohne ihre jeweiligen Kriegsziele zu erreichen. Aus beiderlei Sicht darf der bisherige hohe Einsatz nicht nutzlos gewesen sein, deshalb müsse der Kampf weitergehen. Auch diplomatische Einflussnahmen von außen auf beide kriegführenden Seiten haben jetzt nur geringe Chancen, das furchtbare Gemetzel doch noch abzuwenden. Bei der Pressekonferenz mit US-Präsident Biden am 21. Dezember 2022 meinte der ukrainische Präsident Selensky, dass der Krieg allein wegen der Opfer, die die Ukraine erbracht hat, weitergehen müssen. Würde er sich auf Friedensverhandlungen einlassen, würde er die Unterstützung seines Volkes verlieren. Ebenso hat der US-geführte Westen so viel in die Unterstützung der Ukraine investiert und hat ein Interesse an der Weiterführung des Krieges, damit sich die Investitionen auch gelohnt haben. (Kostner/Luft: Ukrainekrieg. Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht, Westend 2023, S. 24f)

Ob und unter welchen Voraussetzungen nach der jetzt bevorstehenden großen Schlacht die Kriegsziele erreicht werden können und ein Waffenstillstand zustande kommt, lässt sich nicht vorhersagen. Da vom militärischen Kräfteverhältnis her ein Patt-Situation besteht, müsste eine vernünftige Schlussfolgerung darin bestehen, auf den großen Waffengang zu verzichten und einen Waffenstillstand anzustreben. Der bekannte Militärtheoretiker Carl von Clausewitz (1780-1831) erklärte: „Da der Krieg kein Akt blinder Leidenschaft ist, sondern der politische Zweck darin vorwaltet, so muß der Wert, den dieser hat, die Größe der Aufopferungen bestimmen, womit wir ihn erkaufen wollen. Dies wird nicht bloß der Fall sein bei ihrem Umfang, sondern auch bei ihrer Dauer. Sobald also der Kraftaufwand so groß wird, daß der Wert des politischen Zwecks ihm nicht mehr das Gleichgewicht halten kann, so muß dieser aufgegeben werden und der Friede die Folge davon sein.“ (Clausewitz: Vom Kriege, Berlin 1957, S. 40f)

Im Völkerrecht wurden allgemeine Regeln über die Beendigung bewaffneter Konflikte fixiert. Dabei wird grundsätzlich unterschieden zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und der Beendigung des Kriegszustands

zwischen den Staaten. Die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den kriegführenden Staaten kann durch Waffenstillstand oder durch Kapitulation einer Seite erfolgen. Der Kriegszustand kann, muss aber nicht, durch den Abschluss eines Friedensvertrages beendet werden.

Feuerpause - Waffenruhe

Von einem Waffenstillstand streng zu unterscheiden ist die sog. Feuerpause, auch als Waffenruhe bezeichnet. Hier geht es nur um eine kurzfristige Einstellung von Kampfhandlungen zu einem bestimmten Zweck wie z.B. für die Bergung von Verwundeten, zur Gewährung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung oder für einen zeitlich befristeten Korridor für humanitäre Aktionen. Ein humanitärer oder auch Flucht-Korridor, bei dem sich die militärischen Kräfte kurzzeitig aus diesem Gebiet zurückziehen, dient u.a. dazu, humanitäre Hilfe durch anerkannte Hilfsorganisationen zu leisten oder Zivilisten die Flucht zu ermöglichen.

Im Unterschied zum Waffenstillstand wird eine Waffenruhe nicht vertraglich geregelt, gilt auch nur für eine kurze begrenzte Zeit, muss nicht zwingend befolgt werden und kann jederzeit gebrochen werden.

Der Waffenstillstand

Bei einem Waffenstillstand wird zunächst die Einstellung der Kampfhandlungen vereinbart, ohne aber schon den Kriegszustand endgültig zu beenden. Grundlegende und heute immer noch völkerrechtlich geltende Bestimmungen zum Waffenstillstand enthält die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907. Darin heißt es:

„Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch nur unter der Voraussetzung, daß der Feind, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird. [Artikel 36] ...

Der Waffenstillstand muß in aller Form und rechtzeitig den zuständigen Behörden und den Truppen bekanntgemacht werden. Die Feindseligkeiten sind sofort nach der Bekanntmachung oder zu dem festgesetzten Zeitpunkt einzustellen. [Artikel 38] ...

Jede schwere Verletzung des Waffenstillstandes durch eine der Parteien gibt der anderen das Recht, ihn zu kündigen und in dringenden Fällen sogar die Feindseligkeiten unverzüglich wieder aufzunehmen. [Artikel 40]

Die Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch Privatpersonen, die aus eigenem Antriebe handeln, gibt nur das Recht, die Bestrafung der Schuldigen und gegebenen Falles einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu fordern.“ [Artikel 41]

Eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen durch einzelne Personen aus eigener Initiative gibt der anderen Seite demzufolge nicht das Recht, den Waffenstillstand zu beenden, sondern nur einen Anspruch auf Erstattung des erlittenen Schadens und auf Bestrafung der Personen, die den Waffenstillstand verletzt haben.

Bevor es zu einem Friedensvertrag kommt, mit dem der Krieg für beendet erklärt wird, geht dem für gewöhnlich ein Waffenstillstand voraus.

Ob von einer der kriegführenden Seiten vor der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen an die andere Seite Bedingungen gestellt werden können, hängt ganz vom bestehenden militärischen Kräfteverhältnis ab. Als in den letzten Monaten des I. Weltkriegs das kaiserliche Deutschland im Oktober 1918 militärisch am Ende war

und die deutsche Regierung an den amerikanischen Präsidenten Wilson ein Waffenstillstandsgesuch richtete, musste Deutschland erdrückende Bedingungen beim Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918 erfüllen, was faktisch einer Kapitulation gleichkam.

In der gegenwärtigen Patt-Situation in der Ukraine wäre derzeit keine der beiden kriegführenden Seiten in der Lage, dem militärischen Gegner einseitig Bedingungen zu diktieren, um ihm einen Waffenstillstand abzurufen. Möglich wäre nur, dass beide Seiten Kompromisse eingehen müssten. Aber das wird nicht nur von der Ukraine, sondern auch von der NATO und insbesondere den USA abgelehnt, ohne deren massive Unterstützung die Ukraine den Krieg überhaupt nicht mehr führen könnte.

Die Kapitulation

Die Kapitulation ist die Einstellung der Kampfhandlungen, die Übergabe militärischer Anlagen und die Freigabe von Gefangenen seitens einer der kriegführenden Parteien zu Bedingungen, die entweder von der siegreichen Seite einseitig festgesetzt werden (bedingungslose Kapitulation) oder die zwischen den Befehlshabern der entsprechenden militärischen Formationen beider Seiten vereinbart werden.

Die HLKO von 1907 [Artikel 35] verpflichtet die kriegführenden Parteien zur gewissenhaften Einhaltung einer einmal erfolgten Kapitulationen. Während ein Waffenstillstand unter gewissen Voraussetzungen einseitig aufgekündigt werden kann, gilt das für eine Kapitulation nicht.

Unterschieden wird zwischen einer (bedingten oder ehrenvollen) Kapitulation, bei der der Unterlegene Bedingungen nennt, von denen die Einstellung der Kampfhandlungen abhängig gemacht wird, oder einer bedingungslosen Kapitulation, bei der außer der militärischen Kapitulation auch die staatlich-politische Kapitulation vollzogen wird. Die Befehlsgewalt über alle Einrichtungen des Militärs geht dabei auf den Gegner über.

Am Ende des II. Weltkriegs mussten Deutschland und Japan eine bedingungslose Kapitulation hinnehmen, entsprechend der 1943 auf der Konferenz von Casablanca durch die Alliierten getroffenen Vereinbarungen.

Der Friedensvertrag

Die rechtliche Beendigung des Kriegszustandes erfolgt üblicherweise durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages. In einigen Fällen geht dieser die Unterzeichnung eines sog. Präliminar-Friedensvertrag voraus, auch Vor-Frieden genannt, der die Grundsätze des künftigen Friedens festlegt. Ein solcher Vor-Frieden beendet zwar die Feindseligkeiten zwischen den Kriegführenden, ist aber noch kein echter Friedensvertrag. Das Potsdamer Abkommen von 1945 kann als eine Art Vor-Frieden angesehen werden, dessen Geltung erst mit dem Zweipus-Vier-Vertrag von 1990 endete.

Zum Inhalt von Friedensverträgen gehören insbesondere: solche allgemeinen Bestimmungen wie zum Beispiel die über die Einstellung der Kampfhandlungen, über die Rückführung der Kriegsgefangenen oder über die Wiederherstellung von Verträgen, die durch den Krieg aufgehoben worden waren. Daneben enthalten sie vielfältige besondere Regelungen, zum Beispiel über die Erstattung der Kriegsausgaben, über Reparationen, über Abtretungen von Territorien, über die Bestrafung von Kriegsverbrechern usw.

kreisvorstand aktuell

Die turnusmäßige Sitzung des Kreisvorstands war für den 10. Mai vorgesehen. Aus organisatorischen Gründen ist sie auf den 17. Mai und damit nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe verschoben worden und wird online stattfinden. Im Mittelpunkt der Beratung wird die langfristige Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 stehen. Dazu berichtet der kreisliche Wahlkampfleiter **Marvin Javane**.

Wir werden in unserer Juni-Ausgabe ausführlich über die Ergebnisse der Sitzung des Kreisvorstands und dabei vor allem über den Beginn der Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr berichten.

Auf einer Sitzung des Landesvorstands am 5. September haben die beiden Landesvorsitzenden der LINKEN in Sachsen, SUSANNE SCHAPER und STEFAN HARTMANN, ihre Bereitschaft erklärt, als Spitzenkandidaten zur Landtagswahl im kommenden Jahr anzutreten. Sollten bis zum 21. August noch weitere Bewerbungen eingehen, kommt es laut Beschlusslage zu einem Mitgliederentscheid.

Konzentrationslager der SS der Standarte 208

Auftakt des Terrors

Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus

Eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager“

Gedenkstätte KZ Sachsenburg, Kommunikations- und Dokumentationszentrum
An der Zschopau 1, 09669 Frankenberg/Sa.

Eröffnung: 2. Mai 2023, 11 Uhr

Öffnungszeiten:
Mittwoch bis Samstag, 14 bis 16 Uhr,
Sonntag, 10 bis 16 Uhr
Offene Führungen: Sonntags, 14 Uhr oder nach Vereinbarung

NACH-(DENKENS)-WERTES

Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.

Antoine de Saint-Exupéry

Es steckt oft mehr Geist und Scharfsinn in einem Irrtum als in einer Entdeckung.

Joseph Joubert

Wer Großes versucht, ist bewundernswert, auch wenn er fällt.

Lucius Annaeus Seneca

unsere jubilare



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Juni 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

LEA LEHMANN	geb. am	04.06. 1940,	in	Flöha
REINER KÖNIG	geb. am	05.06. 1941,	in	Freiberg
RAINER ECKERT	geb. am	14.06. 1941,	in	Geringswalde
ANNELIESE GOTTHARDT	geb. am	15.06. 1931,	in	Burgstädt
SONJA HOLLSTEIN	geb. am	15.06. 1933,	in	Flöha
ULRICH HÜBNER	geb. am	15.06. 1935,	in	Mittweida
ROLAND PETER	geb. am	15.06. 1948,	in	Seelitz
BERND SCHADE	geb. am	15.06. 1942,	in	Weißenborn
THEA RASSER	geb. am	19.06. 1930,	in	Frankenberg
KLAUS-DIETER WELLER	geb. am	22.06. 1953,	in	Döbeln
WOLFGANG JUNGHANNS	geb. am	28.06. 1935,	in	Augustusburg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im mai 2023

15.05. 1848: Eröffnung der Nationalversammlung in Frankfurt/Main.

22.05. 1848: Eröffnung der preußischen Nationalversammlung in Berlin.

03.05. 1898: Golda Meir (israelische Politikerin) geboren.

21. - 25.05. 1923: Gründungskongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) in Hamburg.

24. - 26.05. 1923: Gründungskongress der Sozialistischen Jugend-Internationale (SAJ) in Hamburg.

26.05. 1923: Albert Leo Schlageter (Großdeutsche Arbeiterpartei) von französischer Militärbehörde hingerichtet.

27.05. 1923: Henry Kissinger geboren.

02.05. 1933: Polizei, SA und SS besetzen die Einrichtungen der Gewerkschaften.

10.05. 1933: Bücherverbrennungen in Berlin und an anderen deutschen Hochschulstandorten.

15.05. 1943: Auflösung der Kommunistischen Internationale.

01.05. 1948: Start zur ersten Internationalen Friedensfahrt. Die Friedensfahrt wird zum wichtigsten internationalen Amateurradrennen.

14.05. 1948: Proklamierung des Staates Israel. Einen Tag später beginnt der Palästina-Krieg zwischen Israel und den Staaten der Arabischen Liga.

23.05. 1948: In einem vom 2. Deutschen Volkskongress initiierten Volksbegehren sprechen sich fast 15 Millionen Deutsche für eine unteilbare deutsche Republik aus. An dem Volksbegehren beteiligen sich trotz Behinderungen auch rund 1.5 Millionen Einwohner der Westzonen und der Westsektoren von Berlin. Das Volksbegehren dauert bis zum 13. Juni.

31.05. - 02.06. 1953: Streiks in Pilsen (Tschechoslowakei) gegen die Währungsreform, die einer Lohnsenkung gleichkommt. Sie werden niedergeschlagen.

22.05. - 25.05. 1963: Gründungskonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU)

27.05. 1963: Kafka-Konferenz in Liblice (ČSSR)

11.05. 1973: Ratifizierung des Grundlagenvertrages BRD-DDR durch den Deutschen Bundestag. Er tritt am 21. Juni in Kraft.

26.05. 1993: Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Asylverfahrensgesetz, das die Asylgewährung einschränkt.

29.05. 1993: Ausländerfeindlicher Anschlag in Solingen.

04.05. 1998: Mit den Regelungen zum Großen Lauschangriff wird die elektronische Überwachung von Wohnungen ermöglicht.

01.05. 2018: Ellmar Altwater (Politologe) verstorben.

terminübersicht

mai 2023:

17. 05. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstands (online)
26. - 29.05. 23. Pfingstcamp der linksjugend [solid] Sachsen Doksy, Tschechische Republik, Anreise über Zittau
- 31.05. 18:00 Uhr Sensibilisierungsveranstaltung zum Thema „sexuelle Belästigung“ Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8

juni 2023:

06. 06. 18:00 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Ross“
- 14.06. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstands Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
- Woche vom 19. - 23.06. Regionalkonferenzen nach dem Altkreisprinzip (Bekanntgabe der genauen Termine in Döbeln, Freiberg und Mittweida in der Juni-Ausgabe)
- 30.06. - 02.07. Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz der LINKEN Jugendherberge Frankfurt/Main



In unserer März-Ausgabe berichtete die Vorsitzende des Ortsverbandes Burgstädt der LINKEN, **HELGA STEINERT**, über die Feierstunde zum Internationalen Frauentag mit der Landesvorsitzenden der LINKEN **SUSANNE SCHAPER**. Jetzt erreichte uns eine weitere Information von Helga Steinert mit folgendem Wortlaut:

Wie ich in der März-Ausgabe schon angekündigt hatte, findet zu Ehren Clara Zetkins zu ihrem 90. Todestag am 20. Juni 2023, 19.00 Uhr, in Wiederau eine Veranstaltung statt. Der Ort ist ein Kirchenraum neben dem Museum. Bitte beachtet das Datum, denn mir war in meinem letzten Artikel ein Fehler unterlaufen. Wir haben eine Theatergruppe aus Stuttgart engagiert, die eine Zeit aus Claras Leben darstellt. Unter www.claraundfriedrich.de könnt ihr euch zum Theaterstück informieren. Wir freuen uns über viele Besucher. Notiert bitte den Termin und gebt ihn an eure Bekannten weiter. Damit wir ungefähr wissen, wer Interesse an dieser Veranstaltung hat, ruft mich an oder schreibt. (**Telefon: 037383-6253** oder **Email: wh-stein@gmx.de**)

nd

Jederzeit
informiert.

Mit dem Digitalabo

- Das komplette nd als ePaper und via App
- Zugriff auf alle Artikel und das nd-Archiv ab 1990
- Jederzeit kündbar

Jetzt zum Monatspreis von 30€ bestellen!
dasnd.de/digitalabo



WIR KÖNNEN
UNS DIE
REICHEN
NICHT MEHR
LEISTEN.

Deshalb:
Löhne hoch,
Preise runter,
Reichtum
umverteilen!

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Gemeinsam
Zukunft **DIE LINKE.**
machen!

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teure Verstorbene

ERIKA KLOTH

Burgstädt

Wir werden ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.